

Welzk, Stefan: Leipzig 1968. Unser Protest gegen die Kirchensprengung und seine Folgen (= Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Bd. 11), Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2011, 232 Seiten, 9,80 €.

Bis zum Juni 1968 hatte sich das Leben des Stefan Welzk in durchaus DDR-konformen Lebensbahnen entwickelt, so daß die berechtigte Hoffnung bestand, das Insistieren seiner Mutter, ihn doch an der Oberschule anzunehmen, sei nicht vergebens gewesen, und aus dem Doktoranden für Physik könne sich ein passabler Kader für die wissenschaftliche Laufbahn entwickeln. Die Neigung Welzks, „Resistance [zu] spielen“, und die Organisation einer Wette in seiner Klasse zum Ausgang der Volkskammerwahl im Jahre 1958 konnten daher noch als Jugendreiche eingeordnet werden. Seine Überzeugung, für eine Reformierbarkeit der DDR zu kämpfen, indem Reformwillige in die SED eintreten und das Land mit Hilfe der Partei verändern, konnte mit seinem Enthusiasmus erklärt werden. Doch er selbst fing ab 1961 an zu zweifeln. Für den Bau der Mauer im Sommer 1961 hatte er zwar durchaus noch Verständnis, doch die Propaganda, die mit diesem Ereignis einherging, ließ ihn zum „Opponenten und Dauerprovokateur“ werden. In der Folgezeit baute er für seine Kommilitonen und Freunde einen offenen Gesprächskreis auf, um sich nicht länger der „informativen Ödnis“ aussetzen zu müssen. Seine hoffnungsvolle Karriere bekam die ersten Risse. Einer Exmatrikulation konnte er nur entgehen, weil er sein Studium ein Semester früher beendete als vorgesehen. Die letzte Hoffnung, die DDR von innen zu reformieren, begrub Welzk unter den Trümmern der gesprengten Leipziger Universitätskirche, deren Sprengung die Stadtväter nicht offen diskutierten, um Unruhen und Proteste zu vermeiden. In der Öffentlichkeit wurde davon im Zusammenhang mit dem Umbau der Leipziger Innenstadt

nur von „Abtragung von Altbausubstanz“ gesprochen.

In den nachfolgenden Tagen tüftelten Welzk und zwei weitere Freunde einen Mechanismus aus, mit dessen Hilfe während des Abschlußkonzertes des III. Internationalen Bach-Wettbewerbes in der Leipziger Kongreßhalle ein großes Transparent mit den Umrissen der gesprengten Kirche und den Worten „Wir fordern Wiederaufbau“ vom Schnürboden entrollt werden sollte. Mit dem erfolgreichen Ablauf der Aktion war Welzk endgültig für die DDR verloren – er plante mit seinem Freund Harald Fritsch, einem der Beteiligten an der Protestaktion, die Flucht in einem Faltboot von Bulgarien über das Meer an die türkische Küste. Sie glückte, und die beiden landeten unbeschadet in der Bundesrepublik, ohne zu ahnen, wie dicht die Staatssicherheit ihnen in ihren Ermittlungen teilweise auf der Spur war. In seiner Leichtfertigkeit, derer er sich selbst anklagt, hatte Welzk dem Ministerium für Staatssicherheit durchaus Hinweise auf die Beteiligten gegeben, die zum Glück nicht entdeckt wurden: Zum einen brüstete er sich vor dem Dichter Peter Huchel, in dessen Garten er das Transparent ausbreitete, zum anderen weihte er einen Freund in die Aktion ein, obwohl dazu keine Notwendigkeit bestanden hätte. In der Bundesrepublik nicht nur physisch, sondern auch beruflich angekommen, lernt er jemanden kennen, der sich, nach späterer Einsicht in die eigene Stasi-Akte, als verhängnisvoller Kontakt entpuppen sollte. Er traf auf den West-Berliner Studenten Bernard Langfermann vom Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Der junge Mann war politisch links engagiert und Redaktionsmitglied der Sozialistische Politik (SoPo), einer einschlägigen Zeitschrift für Politik- und Sozialwissenschaft. Langfermann gab sich DDR-kritisch, tatsächlich aber hatte er sich selbst der Stasi als Kontaktperson angeboten und die Fluchtpläne von Welzks Freunden verraten. Das alles er-

fuhr Welzk erst Jahre später nach Einsicht in seine Stasi-Akten.

Da zahlreiche Klarnamen sowie Decknamen und Spitznamen genannt werden, kann der Leser leicht den Überblick verlieren – in Spitzenzeiten geht die Staatssicherheit im Umfeld von Welzk gegen 146 Personen vor. Viele kommen in Haft und werden später freigekauft. Welzk unterstützte sie, so gut er konnte, von der Bundesrepublik aus, indem er sich bei verschiedenen Hilfsorganisationen für deren Freikauf einsetzte und seinen Arbeitgeber, Carl Friedrich von Weizsäcker, um entsprechende Empfehlungsschreiben bat. Weizsäcker hatte Welzk nach dessen Ankunft in der Bundesrepublik von einem Philosophiestudium überzeugt und ihn später am neugegründeten Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt eingestellt, besser bekannt als Friedensforschungsinstitut beschäftigt.

Das Buch von Stefan Welzk ähnelt teilweise einem Kriminalroman, etwa wenn er beschreibt, was die Staatssicherheit alles an ihr zur Verfügung stehenden geheimpolizeilichen Mitteln aufbot: Es beginnt mit der Flucht, ausgelöst durch den Protest, erstreckt sich über abgehörte Telefonate, Verrat, Inoffizielle Mitarbeiter aus der Bundesrepublik (so genannte Kundschafter des Friedens), Verhaftungen, Verhöre, Kassiber, Zelleninformatoren bis hin zum Abhören von Anwaltsgesprächen. Lesenswert ist das Buch auch deshalb, weil der Autor sich nicht scheut, zu beschreiben, wie eitel er als junger Mann war. Auch seine oppositionelle Haltung stellt Welzk immer noch in Frage. „Was war das für eine Leistung, in der DDR opponiert zu haben?“ fragt der Autor den Leser. Und ergänzt, ob „die Bereitschaft, an einer Überdosis von Mut zu krepieren, wirklich so bewundernswert“ gewesen sei.

Das Buch von Stefan Welzk ist ein autobiographisches Werk, das trotz aller Enttäuschungen und der Bestätigung von

Vermutungen, die er nach Einsicht in seine Stasi-Unterlagen erfahren hat, keine Abrechnung ist. Der Autor zeichnet die Ereignisse im Juni 1968 nach und korrigiert dabei einige Fehlannahmen, die sich bis heute hartnäckig halten. Aus Welzks Sicht waren diese Korrekturen nicht zuletzt deshalb nötig geworden, weil sich seit Ende der 1990er-Jahre ein vermeintlicher Freund, Dietrich Koch, mit der Vorbereitung und Ausführung der Plakataktion rühmt und im Laufe der Zeit auch noch seinen Bruder zum Protagonisten stilisierte. Beide werden seitdem von der Stadt Leipzig und den Medien als tapfere Widerständler gefeiert. Dietrich Koch hat seine Sicht der Dinge in mehreren Büchern dargelegt (zum Beispiel in dem dreibändigen Werk *Das Verhör. Zerstörung und Widerstand oder in Nicht geständig. Der Plakatprotest im Stasi-Verhör*. Mit Erfolg hat sich Koch in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit als Hauptprotagonist der Protestaktion etabliert. Anlässlich des 40. Jahrestages der Sprengung der Kirche durfte er einen Beitrag in der Zeitschrift *Der Stachel draht* (4/2008) veröffentlichen. Darin stellt er Welzks Flucht als Weggang in den Westen dar. Seinen Kontakt zu Bernard Langfermann, dem bundesdeutschen IM, legt Koch als Freundschaft aus, die zum Verrat der Freunde in der DDR geführt habe. (Dietrich Koch: „Situation Universitätskirche“. Der Widerstand gegen die Sprengung der Leipziger Universitätskirche St. Pauli). Nach Ansicht Kochs hätte Stefan Welzk erkennen müssen, daß Bernard Langfermann keine vertrauenswürdige Person war, da dieser mit der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) sympathisierte und später sogar deren Mitglied wurde. Welzk vertraute Langfermann jedoch damals, weil dieser unter seinem Hemd Texte der „Frankfurter Schule“ in die DDR geschmuggelt hatte und keinerlei Sympathien für das SED-Regime erkennen ließ. Kochs Äußerungen wiegen besonders schwer, da durch diese Verbindung zahlreiche Freunde der Staatssicherheit aus-

geliefert wurden, sie Haftstrafen verbüßen mußten, Freundschaften daran zerbrachen.

Es ist Stefan Welzk und den anderen Beteiligten zu wünschen, daß dieses Buch der vollständigen Geschichte des Protests gegen die Leipziger Kirchensprengung Geltung verschafft.

Melanie List

Lauter, Gerhard: Chefermittler. Der oberste Fahnder der K in der DDR berichtet. Berlin: edition ost 2012, 288 Seiten, 14,95 €.

Er war der dritte Mann, der am Abend des 9. November neben Günter Schabowski und Oberstleutnant Harald Jäger im zufälligen Zusammenspiel für die Öffnung der Berliner Mauer sorgte. Schabowski las ab, was Gerhard Lauter, damals Leiter der Hauptabteilung (HA) Paß- und Meldewesen, auf einen Handzettel geschrieben hatte. Das veranlaßte den BILD-Journalisten Brinkmann zur Frage, ab wann diese Regelungen in Kraft trete. Oberstleutnant Jäger öffnete einige Stunden später in der Bornholmer Straße den ersten Schlagbaum.

Der 1950 in Dresden geborene Lauter begann nach dem Jurastudium am 1. Februar 1973 seine berufliche Karriere als Leutnant bei der Volkspolizei. Den Parteauftrag dazu erteilte ihm Walther Wittig, Leiter der Sicherheitsabteilung der SED-Bezirksleitung Leipzig, mit folgenden Worten: „Genosse, du wirst alles, nur kein Anwalt! Morgen um 8 Uhr meldest du dich beim Chef der Kriminalpolizei.“ Gesagt, getan. Parteidisziplin war für den jungen Mann Familiensache. Sein Vater Hans Lauter, Jg. 1914, gehörte 1950 als ZK-Sekretär für Kultur der SED-Führung an. Vater Hans blieb der Partei trotz mehrerer Zurückstufungen und Konflikte immer treu. Auch nach dem Ende seiner geliebten DDR. Im Alter von 90 Jahren nahm er 2004 für die PDS sogar noch an der Bundesversammlung teil. Gerhard Lauter erfuhr bereits im zarten Alter von 17 Jahren, daß seine Zukunft in den Sicherheitsorganen liegen würde. Er sollte sich auf eine Tätigkeit bei der Spionageabwehr des Ministeriums für Staatssicherheit vorbereiten, wurde ihm eröffnet. Dieser Einsatzbereich reizte ihn, da es „Ehre und Pflicht [sei], zu den Trägern von Schild und Schwert der Partei gerufen zu werden“. Er war stolz darauf, „zu den Auserwählten zu gehören“. Hinzukam seine Aus-

zeichnung mit dem Karl-Marx-Stipendium, das er noch heute für seine wichtigste Anerkennung hält: „Es war wie ein kleiner Ritterschlag in der gesellschaftlichen Hierarchie der DDR.“

Nach seinem Dienstantritt 1973 im Dezernat II der Volkspolizei, dem VP-Untersuchungsorgan auf Bezirksebene, sollte Lauter bereits 1974 Leiter der neu gegründeten Antiterrorereinheit der Volkspolizei werden, obwohl er seine Schießresultate selbst als nur mäßig einstufte. Die Antiterrorereinheit wurde der Hauptabteilung K des Innenministeriums als Referat IX zugeordnet, womit sie nur „zufällig numerisch verwandt [war] mit der entsprechenden Einheit des Bundesgrenzschutzes (GSG 9)“, mit der sie laut Lauter auch gemeinsam hatte, daß beide in Reaktion auf offenkundig mangelnde polizeiliche Spezialkräfte während der Olympischen Spiele 1972 in München eingerichtet wurden. Zunächst erwies sich die ganze Angelegenheit als relativ unausgegoren. Lauter sollte sich erst einmal vier junge, sportliche und intelligente Offiziere ohne Westverbindung aus den fast vierzig Volkspolizeikreisämtern der Bezirke Leipzig und Halle aussuchen. Während in anderen Bezirken bereits Kader und auch Räume zur Verfügung standen, konnte Lauter erst 1975 auf eine angemessene Logistik zurückgreifen. Die Existenz der Sondertruppe sollte geheim bleiben. Die Ausbildung der Truppe lag nun in Lauters Händen und er wandte dabei ungewöhnliche Methoden an: „Pistole ließ ich nur aus kurzen Entfernungen schießen, und ich stellte mich regelmäßig zwischen die Scheiben. Ich wollte, dass meine Jungs spüren: notfalls müssen wir Menschen töten, und Schießen ist kein Spaß.“

Die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer Antiterrorereinheit in der DDR, die – wie Lauter zwar selbst einräumt – weder von einheimischen noch ausländischen Terrorgruppen angegriffen wurde, wischt er mit dem Hinweis auf eine potentielle Gefahr vom Tisch, die immer bestanden

habe. In der Regel war der Einsatz seiner Antiterrortruppe allerdings auf die Festnahme von Deserteuren der Sowjetarmee beschränkt.

1976 bekam Lauter erneut die fürsorgliche Macht der SED zu spüren, diesmal ausgehend vom Leiter der Hauptabteilung Kripo des MdI, Generalmajor Helmut Nedwig. Von ihm erhielt er die Anweisung, als Einsatzgruppenleiter in der Zentrale IX nach Berlin zu wechseln. Dort galt es bedeutsame Aufgaben zu bewältigen, wie etwa den Personenschutz für den Innenminister der UdSSR Schtschokolow. Im Centrum-Warenhaus am Berliner Alexanderplatz durfte ihn Lauter dann auf russisch beim Einkauf von Küchengardinen beraten.

Im Sommer 1978 wurde Lauter, wie er es selbst bissig umschreibt, vom Schützen zur Schießbudenfigur – als persönlicher Mitarbeiter nämlich des 1. Stellvertreters des Innenministers, Generalleutnant Rudolf Riss, dessen „Verwalter und Weiterreicher und Ausarbeiter von Papieren“ er nun war. Zunächst als Major der K, dann als Major der VP verschwand Lauter zunehmend in der ministerialen Bürokratie. Seinen geschriebenen Reden für Riss fehlten jedoch die „politischen Normteile“. Dringlich wünschte sich Lauter zurück zur Kriminalpolizei: „Denn bei allem Engagement: Meine Erfüllung fand ich in dieser Tätigkeit nicht.“ Doch erst 1985 kehrte Lauter nach dem Tod von Riss zur Kripo zurück und wurde – zu „meiner eigenen Verblüffung“ – Offizier für Fahndung in Abteilung V; bald sogar Fahndungschef. In dieser Funktion erlebte er brisante Situationen bei der Verfolgung von desertierten sowjetischen Soldaten. So hatte ein sowjetischer Soldat im Kreis Parchim im Bezirk Schwerin die Familie eines LPG-Bauern als Geiseln genommen. Die sowjetische Garnison wollte Artillerie auffahren lassen, und der Innenminister befahl Lauter, seine Leute hätten ausschließlich zu sichern, „die Freunde handeln“. Es war ihm jedoch unmöglich, diesen Befehl auszuführen:

„Es war das erste und einzige Mal, dass ich mich verweigerte. Schließlich ging es um das Leben von DDR-Bürgern. Unser Verfassungsauftrag forderte, diese zu schützen!“ Ein als Bauer verkleideter Spezialkämpfer wurde in das Haus gesandt. Bei einem Schußwechsel verlor er einen Finger, aber der Deserteur ergab sich. In einem anderen Fall, der sich in Eisenach ereignete, wurde ein Deserteur erschossen, nachdem dieser einen jungen Volkspolizisten tödlich verwundet hatte. Sehr unglaublich mutet an, wenn Lauter rückblickend behauptet, er habe sich damals gefragt, warum immer wieder sowjetische Soldaten desertierten.

Lauters Autobiographie ist durchdrungen von Loyalität und Dankbarkeit gegenüber dem SED-Staat. Er findet kaum kritische Worte über seine dienstliche Vergangenheit. Die Arbeit im Dezernat II der VP mit der dort befindlichen Arbeitsgruppe „Grenzdelikte“, der er zuweilen aushelfen mußte, beschreibt Lauter folgendermaßen: „Dies gehört ehrlicherweise zu den punktuellen auch mich belastenden Momenten meiner Biographie. Die Bestrafung von Grenzdelikten war mir suspekt [...]“. Mit seinem Schwager will er bereits zu Beginn der 80er Jahre über das Ende der DDR gesprochen haben. Während einer Politschulung im Volkspolizeikreisamt Gadebusch im Bezirk Schwerin habe er die Kursanten zu Äußerungen über die Mangelwirtschaft in der DDR provoziert. Die Frage einer jungen Volkspolizistin, ob man denn so diskutieren dürfe, habe ihn angeblich erschlagen. Es sei aber dann doch zu einer lebhaften Debatte gekommen, die alle mit dem Ziel einer besseren DDR geführt hätten. Die Kritik der Bürgerrechtler, die seiner Meinung nach keine Ahnung gehabt haben und „hinter jeder Ziffer die Staatssicherheit [witterten]“ hält er hingegen für völlig überzogen. Geradezu dreist versichert er, die von ihm zuletzt geleitete Abteilung HA Paß- und Meldewesen habe keinerlei Daten zweckentfremdet.

Lauter findet immer noch, die Mehrheit der Ausreisewilligen seien Wirtschaftsflüchtlinge gewesen, politische Gründe spricht er ihnen ab. Die Fälschung der Zahlen genehmigter Ausreiseanträge durch die Honecker-Führung verteidigt Lauter wie folgt: „Die *Korrektur* [Hervorhebung durch die Verfasserin] erfolgte einzig zu dem Zweck, die DDR beim Klassenfeind besser erscheinen zu lassen, es war mithin eine Finte im Klassenkampf.“ Keine Finte fiel dem SED-Regime mehr ein, als die Änderung des Reisegesetzes Anfang November 1989 unausweichlich wurde. Lauter, der das Reisegesetz zu überarbeiten hatte, fand es in dieser Situation unlogisch, daß „jeder, der unser Land für immer verlassen will, das ab morgen früh kann – aber derjenige, der seine Tante in Hamburg besuchen oder den Eiffelturm aus der Nähe sehen will [...] das noch immer nicht darf!“ So habe er den Entwurf nicht nur um Regularien zur ständigen Ausreise, sondern auch um die Passage über Privatreisen ergänzt. Weder Honeckers Nachfolger Krenz noch das Politbüro erkannten die Tragweite dieser Ergänzung. ZK-Sekretär Günter Schabowski verkündete die Botschaft am 9. November um 18.54 Uhr vor der internationalen Presse. Wir wissen nun, daß Gerhard Lauter als dritter Mann im Hintergrund das Schicksal „seiner“ DDR besiegelt haben will. Es kommt selten vor, daß ein Mißerfolg so viele Väter hat.

Mathilde Schäfer

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR. München: Verlag C.H. Beck 2013, 428 Seiten, 17,95 €.

Es kommt selten vor, daß ein historisches Sachbuch sofort nach seinem Erscheinen den Deutschen Bundestag beschäftigt. Ilko-Sascha Kowalczyk hat das mit seiner MfS-Geschichte „Stasi-konkret“ geschafft. Das heißt nicht er selbst hat das geschafft, die SED-Nachfolgeteilung, die

sich inzwischen dreist als *Die Linke* bezeichnet, hat es für ihn erledigt. Neun Abgeordnete und Dr. Gregor Gysi für die gesamte Fraktion richteten mehrere Fragen zu Kowalczyks Buch an die Bundesregierung. Vor allem ging es den linksparteilichen SED-Nachfolgern dabei um die eine Frage, ob die Abgeordneten des deutschen Bundestages in der Vergangenheit über die Zahl der 1989 in der DDR registrierten Inoffiziellen Stasi-Spitzel regierungsamtlich durch die bisherigen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen „falsch unterrichtet“ wurden. In Kowalczyks Buch werde – und dies habe der Bundesbeauftragte „durch seinen Abteilungsleiter Forschung hoheitlich feststellen und bestätigen“ lassen – von nur 109 000 IM-Spitzeln im Jahr 1989 ausgegangen. Da der Bundesbeauftragte das Werk habe „hoheitlich“ durch seinen Abteilungsleiter Forschung absegnen lassen, „sind die darin enthaltenen Ausführungen dem Bundesbeauftragten zuzurechnen – er macht sich diese somit zu Eigen“.

Die SED-Nachfolgevereinigung wollte nun aber genau wissen und fragte die Bundesregierung allen Ernstes, wie viele Inoffizielle Mitarbeiter es denn 1988/89 in der DDR nun tatsächlich nach Erkenntnis des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen gegeben habe. Interessant ist an dieser Anfrage zweierlei. Zum einen halten die neoSEDler ganz so wie früher ihre Altvorderen im roten Osten die Regierung dafür zuständig, was wohl gerade so als Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Kampftruppen Gültigkeit beanspruchen darf und zum anderen trauen sie dem Bundesbeauftragten wahrhaftige Aussagen zu. Im Falle ihres obersten Schönredners, galt ihnen vor einigen Jahren das Gutachten aus dem Behördenhaus noch als glatte Lüge. Für den scheinheiligen Fraktionsvorsitzenden steht ja unabhängig vom Ausgang der

Antwort ohnehin fest, daß es weder 189 000 IM noch 109 000 IM gab, sondern entweder 188 999 oder 108 999. Er jedenfalls war nicht dabei und schon deswegen ist die Zahl falsch, weil er ja von der Stasiunterlagenbehörde statistisch immer mitgezählt worden ist.

In Kowalczyks Buch spielt die Zahlenfrage eine nachgeordnete Rolle. Viel wichtiger ist seine zentrale These, daß durch die öffentliche Fixierung auf die Stasi-Spitzel das ganze restliche Denunziantentum im SED-Staat aus dem Blick geraten ist. Nur deshalb konnte sich Gregor Gysi vor einigen Jahren im Deutschen Bundestag damit herausreden, er habe es gar nicht nötig gehabt, mit der Stasi zu konspirieren; er habe doch seine direkten Kontakte ins Zentralkomitee der SED gehabt. Wäre in der öffentlichen Rezeption das Unterdrückungs- und Überwachungssystem des SED-Staates nicht so sehr auf die Stasi-Spitzeleien reduziert gewesen, dann wäre diese Ausrufe Gysis keine gewesen, sondern ein Eingeständnis seiner Rolle als juristischer Funktionär der SED-Hierarchie.

Aus der Sackgasse des Stasi-Tunnelblicks führt Kowalczyks Perspektivwechsel heraus. Ihm gelingt so die Reintegration des Staatssicherheitsdienstes in das Gesamtsystem der SED-Diktatur. Das Institutionensystem der DDR läßt sich eben gerade nicht in das für die schmutzigen Geschäfte zuständige Ministerium für Staatssicherheit und auf der anderen Seite in ansonsten zwar repressive aber doch nicht ganz so schlimme Regierungs- und Parteieinrichtungen auseinander dividieren. Auch der brave SED-Funktionär und spätere Nachfolgepartei-führer Gregor Gysi gehörte in den achtziger Jahren als „Vorsitzender des Rats der Kollegien der Rechtsanwälte in der DDR“ zur Herrschaftselite. Wenn er der Berliner SED-Bezirksleitung oder der Abteilung für Staat und Recht im Zentralkomitee der SED mit Informationen über seine Mandanten zur Hand ging,

dann wußte er, was er tat und zu wessen Nutzen es geschah. Nein, der gute Mann hatte es wirklich nicht nötig bei der Stasi herum zu poussieren, er trieb sich nicht beim kleinen, sondern gleich beim großen Erich in den allerwertesten Hinterräumen herum.

Ebenso erstaunlich wie die Anfrage der linksparteilichen SED-Nachfolger ist die Antwort der Bundesregierung. Sie teilte nun ihrerseits allen Ernstes mit, bei „der Betrachtung des Themas Inoffizielle Mitarbeiter des MfS insgesamt“ sei „zu berücksichtigen, dass sich die Herangehensweise an den Begriff des Inoffiziellen Mitarbeiters aus wissenschaftlicher Sicht und die gesetzmäßige Verwaltung und Herausgabe von Informationen aus den MfS-Unterlagen durch den Bundesbeauftragten nach der IM-Definition des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) grundsätzlich voneinander unterscheiden“. Demnach gibt es also eine „IM-Definition“ nach StUG und eine „Herangehensweise an den Begriff des Inoffiziellen Mitarbeiters aus wissenschaftlicher Sicht“, die sich grundsätzlich unterscheiden und es gibt sogar eine regierungsamtlich verkündete Gesamtzahl der IM, die sich nicht die „Herangehensweise an den Begriff [...] aus wissenschaftlicher Sicht“ zu eigen macht, sondern einen vom Stasiunterlagenbehördenwissenschaftsapparat „hoheitlich“ festgestellten angeblichen „Forschungsstand“. Die Bundesregierung antwortete jedenfalls in diesem Sinne am 16. Mai 2013 der SED-Erbenverwaltung: „Die Zahl von 189 000 Inoffiziellen Mitarbeitern, auf die in den Tätigkeitsberichten des BStU Bezug genommen wird, entspricht dem bisherigen Forschungsstand. Mit Stand 31. Dezember 1988 ging das MfS selbst davon aus, dass der Gesamtbestand an Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) – ohne GMS (Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit) und IMK (Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens) – 109 281 umfasste. IMK umfassten etwa 30 000 und GMS

etwa 33 000 Vorgänge zum selben Zeitpunkt. In den Berechnungen werden außerdem die IM der HV A (Hauptverwaltung Aufklärung) – 1988 etwa 15 000 – einbezogen, wobei nicht ausgeschlossen werden kann, dass diese in den Zahlen des MfS bereits enthalten sind.“ Oh Du schöner Mai 2013, da schlug es Dreizehn und die Regierung verkündet den „Forschungsstand“ der BStU-Erbsenzählerei. Das haben die Linklinge vom SED-Rettungskomitee nun von ihrem schlaumeierischen Rumgefrage. Die Regierung hat es ihnen voll besorgt!

Für all das kann Kowalczyks Buch nun wirklich nichts. Es beschreibt nämlich in weiten Teilen sehr plausibel, wie das MfS in das kommunistische Herrschaftssystem eingebunden war und welche Interaktionen zwischen den verschiedenen Ordnungs- und Sicherheitsbereichen in Staat und Gesellschaft für das gesamte SED-System charakteristisch waren. Die unterdessen erschienenen zahlreichen Rezensionen haben das auch mit wenigen Ausnahmen als das Kernanliegen des Autors erkannt. Neben der Darstellung der allgemeinen MfS-Geschichte geht Kowalczyk in mehreren Tiefenschnitten dem MfS-Wesen auf den Grund. Warum es so wurde, wie es am Ende war, wie seine Gründer aus der Bürgerkriegsgeneration der zwanziger und dreißiger Jahre von ihren Traumata der Niederlagen im Land und der Niedertracht im Exil geprägt wurden, wie niedrig bis zuletzt das Bildungsniveau der MfS-Offiziere blieb und zu welch traurigen Gestalten sie in ihren Geistes- und Wohngettos der schönen neuen SED-Welt herunterkamen.

Besonders überzeugend gerät Kowalczyk die Analyse der asozialen MfS-Verheerungen da, wo er sich den Kontexten bewußt nicht aus der Perspektive des bürokratischen Apparats und seiner Aktensprache nähert, sondern den analytischen Blick aus der gesellschaftlichen DDR-Realität auf die Repressionsmacht richtet. Die Wirkung des Überwachungssystems auf die widerständigen oder

nicht regimekonformen Akteure erklärt die Reichweite der Herrschaftsmechanismen im SED-Staat.

Wie der Buchtitel schon ankündigt, geht es dem Autor um die „Überwachung und Repression in der DDR“. Die Westarbeit des MfS bleibt dabei eher kursorisch. Warum der Autor Mielkes Polizistenmord auf dem Bülowplatz im August 1931 damit erklären möchte, daß Tage zuvor „Polizisten wieder einmal einen Arbeiter erschossen“ hätten, ist schwer nachvollziehbar. Die damaligen Strategen der Bürgerkriegsvorbereitung aus dem M-Apparat der KPD hatten die „Sache am Bülowplatz“ aus ganz anderen Gründen ausgeheckt und organisiert. Der spätere Propagandachef der SED, Albert Norden, schrieb nach dem Bülowplatzmord in der militärpolitischen KPD-Zeitschrift *Oktober*: „Wir haben noch nicht die Atmosphäre, noch nicht alle objektiven und subjektiven Voraussetzungen des offenen Bürgerkrieges, es wäre aber ein Fehler, nicht jene wenn auch noch sporadischen Massenkämpfe mit der bewaffneten Staatsmaschine zu sehen, die teilweise eine höhere Stufe erreichen, bürgerkriegsmässige Formen, mithin auch auf Seiten des Proletariats Elemente des Massenterrors entwickeln.“ Die Erschießung der beiden sozialdemokratischen Polizeibeamten war kalt geplant, sie sollte ein Signal zum Aufruhr setzen. Als dieser ausblieb, mußten die Verantwortlichen in der KPD Selbstkritik üben. Ihren Kampf gegen die demokratische Republik und die sie tragende Sozialdemokratie setzen sie mit unverminderter Haß jedoch fort. Diese Gesinnung gehört zu den Prägungen, die fast allen MfS-Gründern eigen war. Gleich nach der Niederschlagung des NS-Regimes standen sie wieder ihrem Hauptfeind von 1931 gegenüber, den „Klassenversöhnern“ und „Reformisten“ der SPD, die ein anderes als das Arbeiter-und-Bauern-Deutschland anstrebten und überall, wo sie frei waren, auch die Stimmen der Werktätigen mehrheitlich für sich gewin-

nen konnten. Nicht aus Zufall gehörte der sozialdemokratische Kommandant der Berliner Schutzpolizei, Karl Heinrich, bereits im Herbst 1945 zu den ersten Opfern der neuen kommunistischen Ordnungsmacht in Berlin.

Doch das ist die andere Vorgeschichte des Hauses Mielke im SED-Regime. Westlich der SBZ und später der DDR blieb den DDR-Sicherheitsfanatikern der Zugriff auf die Normalbürger verwehrt. Dort wuchs eine andere Welt heran als die ihre. Die Verbindungen in das andere Deutschland konnten sie nie ganz unter ihre Kontrolle bringen, weder vor noch nach dem 13. August 1961. Zum Verständnis der Binnenlogik des SED-Regimes aber hat Kowalczyk mit „Stasi konkret“ ein wirklich gutes Stück vorgelegt. Die Bundesregierung hat ihm in ihrer Antwort auf das linksparteiliche Gefrage bescheinigt, daß er das ohne dienstlichen Auftrag in genehmigter Nebentätigkeit als freier und unabhängiger Wissenschaftler geleistet hat. Dazu kann man ihm nur gratulieren. Die Leserei in seinem Buch „Stasi konkret“- ist denkbar anregend und weiterführend. Für die Behördenforscher im BStU-Dienst aber hängt die Latte angesichts dieser erfolgreichen Nebentätigkeit ihres Kollegen Kowalczyk jetzt ziemlich hoch.

Jochen Staadt